



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

Österreich-Ungarns innere und äußere Politik

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

es denn auch in Asien fester auf. Es hatte schon die Ausbreitung der Russen im Norden Persiens widerwillig hingenommen, an der Südküste dieses Landes konnte es sie aber um Indiens willen überhaupt nicht dulden. Von 1899 bis 1905 war Lord Curzon Vizekönig von Indien, ein Mitarbeiter am Imperialismus in der Art wie Chamberlain und Rhodes. Er stellte sich persönlich an die Spitze einer Flottenfahrt, um die Fürsten und Städte am Persischen Meerbusen unter die Oberherrschaft Englands zu bringen. Begleitet von einem Geschwader von vier Kriegsschiffen und drei Kanonenbooten dampfte der Vizekönig mit seiner Gemahlin längs der Küste einher, fast überall mit Ehren begrüßt. Am 18. November 1903 landete er in Masfat, dann auf den Bahreininseln, hierauf zu Roweit, zu Bender-Abbas und auf der Insel von Ormuz. Wenn auch die britische Flagge nicht an allen diesen Orten aufgepflanzt wurde, so war die tatsächliche Oberhoheit Englands nicht mehr bestritten und Rußland dauernd abgewehrt. Mit einem anschaulichen Bilde, wie Curzon es auch sonst zu formen verstand, sagte er in einer zu jener Zeit gehaltenen Rede: Indien gleiche einer Festung, welcher Persien, Afghanistan, Tibet und Siam als Glacis vorgelagert sind. Ähnliche Gesichtspunkte entwickelte der englische Minister des Außern Lord Lansdowne im Oberhause, indem er am 5. Mai 1903 den Persischen Golf als „einen Teil der indischen Grenze“ bezeichnete. In derselben Sitzung fiel Lord Ellenborough den vielbemerkten Ausspruch: „Ich möchte lieber Rußland in Konstantinopel als ein europäisches Arsenal an den Ufern des Persischen Golfs sehen.“ Hiermit war vielleicht zum ersten Male der die englische Politik damals beherrschende Gedanke ausgesprochen: Konstantinopel könnte preisgegeben, aber Indien müßte festgehalten werden. Es war ein Blick in die Kulissen, die einige Jahre später aufgezogen wurden, so daß die Hintergründe aller Welt sichtbar wurden.

*

Österreich-Ungarns innere und äußere Politik

Da der Vertrag mit Japan zu öffentlicher Kenntnis gebracht wurde, war die russische Regierung gewarnt. Sie ist sich zwar bis zum Ausbruche des Krieges in der Mandschurei über den Ernst der Absichten

Japans nicht recht klar geworden, indessen war sie doch so weit auf der Hut, um sich wenigstens in Mitteleuropa vor Überraschungen zu schützen. Das war für alle Fälle notwendig, auch wenn die Grenzen Rußlands im Osten nicht durch einen Krieg, sondern schon durch Drohungen und sonstige Machtentfaltung hinausgerückt werden sollten. Während dieser Zeit mußte auf der Balkanhalbinsel für die Erhaltung der Ruhe gesorgt werden.

Dazu bot Österreich-Ungarn willig die Hand. Nicht bloß weil im Petersburger Abkommen von 1897 mit Rußland vereinbart war, daß die zwei Mächte die auf dem Balkan auftauchenden Fragen gemeinsam erwägen und lösen wollten: es war außerdem über die österreichische Politik Müdigkeit und Entsaugung gekommen, was in den Streitigkeiten der Nationalitäten seine Ursache hatte. Grundübel war das Mißverständnis und die drohende Entfremdung zwischen der Dynastie und den Deutschen Österreichs, dem Stamm- und Kernvolke der Monarchie. Der Liberalismus, dem sie huldigten, dann ihre Opposition gegen die Erwerbung Bosniens wie gegen das Wehrgesetz hatten den Kaiser verstimmt, so daß er von 1879 bis 1899 gegen sie mit den Slawen regierte. In dieser Zeit wurde ihnen im Abgeordnetenhanse die Mehrheit entzogen, die Beamenschaft füllte sich mit ihren Gegnern, in den Städten der gemischtsprachigen Gebiete erlitten sie arge Verluste. Ohne Unterlaß zurückgesetzt, machten sie ihrer Erbitterung 1897 in einer parlamentarischen Obstruktion Luft, welche die Maschine der Gesetzgebung zum Stillstande brachte. Die radikalen Elemente unter den Deutschen wendeten sich vom Staate ab, was sich auch darin äußerte, daß von 1898 an gegen 30 000 Personen zum Protestantismus übertraten, nicht aus religiösen Antrieben, sondern zur Bekundung ihrer Opposition.

Bedrohliche Erscheinungen, die jedoch nicht überschätzt werden durften, da die Staats- und Kaisertreue des deutschen Volkstammes unausrottbar war: der Kaiser hatte es immer in der Hand, durch eine Änderung des Regierungssystems die Herzen auch der Wandenden zu gewinnen und die Deutschen, diese Leibgarde seiner Vorfahren, vollzählig um sich zu scharen. In der Hofburg war man aber durch Jahre der Ansicht, daß der Entgang auf der einen Seite durch die Gewinnung der Polen, Tschechen und Südslawen ersetzt werde: der deutsche Pfeiler ließe sich durch einen slawischen ersetzen. Brach die führende Stellung der Deutschen zusammen und stiegen die Slawen dank ihrer natürlichen geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung wie durch die

Gunst der Krone empor, so schien der Ersatz ausreichend. Das Zauberwort der Gleichberechtigung der Nationalitäten sollte neue Kräfte entbinden und sie der Dynastie wie dem Staate nutzbar machen.

Stimmte diese Rechnung, so waren die Träger des Systems, in erster Linie der langjährige Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe (1879—1893) gerechtfertigt. Sie hatten ein Recht darauf, nicht nach nationalen Zu- und Abneigungen beurteilt zu werden; ihre Methode war zweckmäßig, wenn die Führer der Slawen sich dem Thron und dem Vaterland opferbereit zur Verfügung stellten, wenn der Staat ihnen ebenso als höches Gut galt wie ihre Nationalität. So und nicht anders hatten es die Deutschen gehalten, von den führenden Geistern an, von Grillparzer und Anastasius Grün bis zu den Bewohnern der letzten Alpenhütte. Da aber war der Hofburg eine widrige Erfahrung beschieden. Die Slawen nahmen alle Zeichen der Gunst als etwas Selbstverständliches hin, in ihrer Mitte aber mehrten sich die radikalen Elemente, die dem Staat immer fremder gegenüberstanden. Auf den panslawistischen Kongressen klagten sie noch immer über Bedrückung und schwärmten für den Anschluß an Rußland, den Befreier. In diesem Geiste wurde unter den Tschechen, Slowenen und Serben die heranwachsende Jugend erzogen.

Es hieße den Ereignissen vorgreifen, wollten wir an dieser Stelle die Entwicklung bis zu dem offenen Abfall von der habsburgischen Monarchie führen, welchen im Weltkriege der Tscheche Masaryk, der Kroat Supilo mit ihren Anhängern vollzogen haben. Aber schon zu Ende des 19. Jahrhunderts standen nur die Polen für die Politik des Kaisers ein, während Tschechen und Südslawen zum guten Teile andere Wege gingen. Wo immer auf der Balkanhalbinsel sich Widerstand gegen Österreich-Ungarn regte, ereiferten sich diese Nationalitäten für die Gegner der Donaumonarchie, zumal in Serbien und Montenegro. Das ging so weit, daß der beste politische Kopf der jungtschechischen Partei, Josef Raizl, Finanzminister im Kabinett Thun, seine Landsleute aufmerksam machte, daß die Tschechen dadurch die Hofburg stutzig machten. Die „verfluchte Balkanpolitik“, so schrieb er am 20. August 1898 einem Freunde, werde noch das Unglück seines Volkes werden.

Das Widerspiel Raizls war der andere Führer der jungtschechischen Partei, Karl Kramarsch. Mehr Slawe als Tscheche führte er durch sein leidenschaftliches Eintreten für Rußland sein Volk irre: er

besonders flößte ihm die Hoffnung auf das Zarenreich als den Hort seiner nationalen Zukunft ein. Er stellte seine treffliche Bildung, seine weiten internationalen Verbindungen in den Dienst des Gedankens, Österreich-Ungarn dem französisch-russischen Bunde als Dritten zuzugesellen und durch diese Koalition zuletzt Deutschland niederzuringen. Seine politische Phantasie verführte ihn zu der Annahme, die Frucht wäre der Reife nahe, was er im Februar 1899 in der „Revue de Paris“ verkündigte, wo es heißt: der Dreibund gleiche einem abgespielten Luxusklavier, man wolle es zwar noch nicht in die Rumpelkammer stellen, aber man spiele nicht mehr darauf¹⁾. Zu dieser Zeit bestand in Prag mit Unterstützung aus städtischen Mitteln ein politisches Preßbureau, das die Blätter des In- und Auslandes mit Artikeln dieses Gedankenganges versorgte; der Bürgermeister von Prag Srb reiste nach Paris zur Verbrüderung bei politischen Festen. Bei der Feier zum Andenken des tschechischen Historikers Palachy im Juni 1898 erschien unter den Teilnehmern der russische General Komarow, der Herausgeber des „Swjet“, in voller Uniform und forderte alle Slawen zur Bekämpfung ihres gemeinsamen Feindes, der Deutschen, auf, „bis die Welle, die sich jetzt gegen das Slawentum heranwölzt, wieder dorthin zurückgeworfen sein wird, woher sie kam“. Die Aufreizung zum Kriege gegen Deutschland, zugleich gegen die Deutschen Österreichs, wurde von der Versammlung mit unendlichem Jubel aufgenommen.

Diese Zustände also herrschten am Ausgange der den Slawen günstigen Regierungsepoche, als Graf Thun Ministerpräsident, Kaiserl Finanzminister war und in Böhmen sich die Linke zur Geheggebung in den Händen der jungtschechischen Partei befand. Die Dinge waren ganz auf den Kopf gestellt. Innerhalb der Regierungspartei wurde die äußere Politik des Staates mit äußerster Hefigkeit bekämpft, wobei Kramarsch und die Seinigen sich des Arguments bedienten, Kaiser Wilhelm strebe nach der Unterwerfung der habsburgischen Monarchie, die Tschechen verteidigten also deren Unabhängigkeit; und für dieses patriotische Werk müßten auch Rußland und Frankreich gewonnen werden. Aber nicht Anhänglichkeit an den Staat, sondern Haß gegen das Deutschtum führte jenen slawischen Führern die Hand. Auf der

¹⁾ In den Büchern des französischen Nationalisten André Chéradame, so in „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX. siècle“ (Paris 1901) spiegeln sich die Ansichten Karl Kramarsch'. Unbefangenheit dagegen und Gründlichkeit spricht aus dem Buche von Louis Eisenmann, „Le compromis Austro-Hongrois“ (Paris 1904).

anderen Seite waren die Deutschen Österreichs aufs äußerste durch die den Slawen zugewendete Förderung erbittert, zumal, als unter diesen die antiösterreichischen Bestrebungen immer kühner das Haupt erhoben. So also wurde die Treue für Kaiser und Reich gelohnt! Solcher Undank, so erklärten die Alldeutschen, verdiene Abkehr vom Staate, offene Absage an die Machthaber. Indessen glich dieses Grollen nur dem Schaumspritzen aufgewählter Wogen, denn die Hauptparteien der Deutschen Österreichs stellten sich der europäischen Machtstellung des Reiches jederzeit zur Verfügung. Sie unterstützten schon im eigensten Interesse des Deutschtums den Kaiser in der Verteidigung der einheitlichen Armee gegen nationale Eingriffe, sie stimmten auch, in Erkenntnis früher gemachter Fehler, seit 1887 für die Vorlagen zum Ausbau des Heeres, vor allem aber waren sie die Stützen der Bündnispolitik der Monarchie.

Der Widerspruch zwischen der inneren und äußeren Politik brachte es mit sich, daß die Männer, die um diese Zeit an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten standen, der Reihe nach sich gegen die anti-deutschen Methoden der inneren Regierung oder doch gegen deren Übertreibung aussprachen. Graf Julius Andrássy der Ältere war ein ausgesprochener Gegner der Begünstigung der Slawen, und es gehörte zu den Ursachen seines Rücktrittes vom Amte (1879), daß der Kaiser es sich ersparen wollte, den Widerspruch seines Ministers des Außern gegen die innere Regierung zu hören. Graf Kalnoky, Minister des Außern von 1881 bis 1895, trat behutsamer auf als sein größerer Vorgänger und stellte sich mit Saaffe anfangs auf guten Fuß; später aber wies er auf die mißlichen Folgen des Systems des österreichischen Ministerpräsidenten hin. In einer zur Vorlage an den Kaiser bestimmten Denkschrift empfahl Kalnoky, sich jenseits der Leitha auf die Magyaren, diesseits auf die Deutschen zu stützen. Es wäre gefährlich, so heißt es dort, bei den Deutschen Österreichs den Gedanken zum Durchbruche kommen zu lassen, daß sie an dem Deutschen Reiche einen Rückhalt suchen müßten: das hieße den Bestand des Reiches gefährden¹⁾. Folgerichtig trat Kalnoky zuletzt den Gegnern Saaffes bei, als sich gegen ihn in der Frage des Wahlrechts eine parlamentarische Koalition bildete und seinen Sturz herbeiführte. Der nächste Minister

¹⁾ Vgl. den Aufsatz über Kalnoky von H. Friedjung in Vettelheims „Biographischem Jahrbuch“, Jahrgang 1900, S. 370.

des Außern, Goluchowski (1895 bis 1906), hatte als Pole gegen die den Slawen erwiesene Förderung nichts einzuwenden, mußte aber, als die Verwirrung immer höher stieg, gegen das Ministerium Thun auftreten und auf dessen Entlassung hinwirken. Dabei fand er die Unterstützung Lehrenthals, damals Botschafters in Petersburg, der dem Kaiser in einer Denkschrift die Gefahren darlegte, welche die unfreundliche Behandlung der Deutschen Österreichs zur Folge haben müsse. Alle diese Staatsmänner, Deutsche, Magyaren und Polen, gingen von der Rücksicht auf die europäische Stellung der Monarchie aus, die sie erschüttert sahen, wenn die Widersacher des Bündnisses mit Deutschland in fortschreitender Entwicklung zur Macht gelangten. Diesen Vorstellungen und nicht etwa nationaler Vorliebe in dem einen oder dem anderen Sinne gab Kaiser Franz Joseph 1899 Raum, er entließ das Ministerium Thun-Raizl und lenkte in eine mittlere Linie der inneren Politik ein. Auf ihr bewegte sich Ernest von Koerber als Ministerpräsident von 1899 bis 1904, das hervorragendste Verwaltungstalente unter den österreichischen Ministern der Epoche.

Unendlich sind die Verwicklungen, die bei der nationalen Zusammensetzung des Reiches zu überwinden sind, und aus diesem Grunde ist dessen Regierung schwieriger als die irgendeines Landes der Erde. Aber viel ist auch durch den Ueberstand der Machthaber gesündigt worden, nie mehr als zwischen 1879 bis 1899. Damals wurde das Abgeordnetenhaus durch eine Koalition der Slawen, der Klerikalen und des tschechischen Adels beherrscht; die drei historischen Gewalten, Krone, Kirche und Hochadel, verfolgten den Plan, mit Hilfe der Slawen das Übergewicht des deutschen Elements zu brechen. Die slawischen Stämme sollten als Werkzeuge benützt werden, aber die Staatslenker zogen nicht in Betracht, daß die Slawen, sobald der Leitung entwachsen, sich gegen den österreichischen Staat selbst wenden und ihn sprengen könnten. Die Regierungspolitik hatte die Wirkung, daß die Tschechen von der Vorstellung beherrscht wurden, sie könnten sich das Stärkste erlauben, ohne des Schutzes der Hofburg verlustig zu gehen, die ihrer gegen das Deutschtum als Gegengewicht bedürfe. In dieser Gesinnung wuchs die Generation heran, die während des Weltkrieges über die Haltung des tschechischen Volkes entschied. Genug Irrtümer sind auch von den Völkern begangen worden, sie alle, Deutsche wie Slawen, haben durch ihre Unverträglichkeit schwer an sich und an dem Staate gefehlt; aber daneben steht das von den historischen Ge-

walten heraufbeschworene Unheil. Und wohl möglich, daß, wenn die Geschichte dereinst ihr abschließendes Urteil fällen wird, die Schuld der Völker nicht so schwer wiegen wird wie die der Machthaber.

Waren diese Verhältnisse auch mißlich, so irrten doch diejenigen, die von ihnen auf die Wehrlosigkeit der Monarchie bei einem europäischen Zusammenstoße schlossen. Damals spielte sich der nationale Streit noch vorwiegend in der dünnen, intellektuellen Oberschicht ab; die Gegensätze der bürgerlichen Parteien wurden dabei vom tschechisch-feudalen Adel genährt, der seine Vorrechte nicht in Frage gestellt sehen wollte. In den Massen dagegen, unter den Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern, war der Wunsch nach Frieden vorherrschend. So oft die habsburgische Monarchie von Prüfungen der einen oder andern Art heimgesucht wurde, waren die Propheten ihres unabwendbaren Unterganges schnell zur Hand. Der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, sprach in einer Rede von der Sorge, die dem eben anbrechenden 20. Jahrhundert durch das Rätsel erwachse, was an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie zu setzen wäre. Trotzdem wurde die Bedeutung des Reiches als Großmacht im Rate der Nationen nicht bestritten. In den Herzen von Millionen lebte die Überzeugung von der Zusammengehörigkeit der Länder und Völker, die Monarchie verfügte in der Armee und in der Beamtenschaft über einen Vorrat an erhaltender Kraft. Ebenso sicherte die ererbte Anhänglichkeit an die Dynastie starke Elemente des Widerstandes für den Fall eines Verteidigungskrieges. Noch schwankte gegen Ende des Jahrhunderts die Wage, ob Österreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, nicht ein entscheidendes Wort bei der Neugestaltung der Balkanverhältnisse würde sprechen können.

*

Russische und österreichische Balkanpolitik Mazedonien

Schlimm war jedoch, daß das Ansehen der Monarchie darob im Auslande sank, und ebenso, daß die Saitkraft ihrer Staatslenker, die sich vom Streite der Nationalitäten umbrandet sahen, gelähmt wurde. Daher die schwächliche Politik der Donaumonarchie in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel. Andrassy war der letzte Minister des Außern